



VENEZUELA

Das politische Leben in Venezuela wird von Präsident Hugo Chávez dominiert. Chávez, der seine politischen Ziele für Venezuela mit Formeln wie „Sozialismus des 21. Jahrhundert“ und „Bolivarische Revolution“ (in Anlehnung an den süd-amerikanischen Unabhängigkeitskämpfer Simón Bolívar) beschreibt, regiert zunehmend autoritär mit stark populistischer Rhetorik.

Status Index	5,15	Rang 79
Status Politik	5,65	Rang 71
Status Wirtschaft	4,64	Rang 90
 stark defekte Demokratie	 schlecht funktionierende Marktwirtschaft	
Management Index	2,15	Rang 119
Die dargestellten Bewertungen des BTI 2008 entsprechen dem Erhebungsstand vom Frühjahr 2007. Die Bewertungsskala reicht von 1 (niedrigster Wert) bis 10 (höchster Wert).		

Seit 1999 wurde die Gewaltenteilung zunehmend unterminiert. Das System der *checks and balances* ist mittlerweile so gut wie aufgehoben, was neben dem zentralistischen Führungsstil von Chávez auch auf die Uneinigkeit der Opposition zurückzuführen ist. Die Opposition ist im Parlament nicht vertreten, so dass die Legislative lediglich Regierungsvorhaben bestätigt. Die Justiz gilt als politisch indoktriniert.

Die zahlreichen Wahlerfolge von Chávez seit 1999 gründen auf der Spaltung der Gesellschaft, in der ihn knapp mehr als die Hälfte der meist armen Bevölkerung unterstützt. Soziale Wohltaten, die hinsichtlich der Nachhaltigkeit umstritten sind und durch die hohen Öleinnahmen finanziert werden, sorgen für fortwährende Popularität bei einem Großteil der Bevölkerung. Die Zentralisierung der Entscheidungsprozesse, die Einschränkung gewisser Bürgerrechte, die Erosion der vertikalen und horizontalen Gewaltenteilung, die fortschreitende Deinstitutionalisierung sowie die starke Ideologisierung in Politik und Bildung beschreiben den aktuellen Zustand der venezolanischen Demokratie.

Im Wirtschaftsbereich schreibt die Regierung Chávez dem Staat eine vorherrschende Stellung zu. Ihre Politik ist dezidiert nicht-marktwirtschaftlich und stellt private Eigentumsrechte in Frage. Dies zeigt sich vor allem bei den Verstaatlichungen im Energie- und Telekommunikationsbereich. Die venezolanische Außenpolitik ist ideologisch-missionarisch ausgerichtet und sucht regional und global nach Verbündeten. Die hohen Ölreserven des Landes sind dabei von essentieller Bedeutung. Gegenüber den USA und konservativen Regierungen in Lateinamerika und Europa herrscht eine scharfe, anti-kapitalistische und anti-imperiale Rhetorik vor.

KERNASPEKTE DER POLITISCHEN TRANSFORMATION

Gewaltenteilung

Die Gewaltenteilung wird in Venezuela unter Chávez mehr und mehr aufgehoben. Das Parlament besteht nach dem Boykott der Wahlen 2005 durch die Opposition ausschließlich aus Chávez-treuen Abgeordneten, die ihm nach seiner Wiederwahl 2006 dazu ermächtigten, per Dekret zu regieren. Die venezolanische Justiz gerät ebenfalls zunehmend unter den politischen Einfluss des Präsidenten. Im Februar 2005 erklärte der damalige Präsident des Obersten Gerichtshofes, dass er sich ebenfalls der Bolivari-schen Revolution verpflichtet fühle. Sämtliche Besetzungen für wichtige Staatsposten wurden persönlich vom Präsidenten ausgewählt und ohne Diskussion vom Parlament bestätigt. Zwar finden regelmäßig Wahlen und sogar landesweite Referenden über die Regierungspolitik statt, die mit Ausnahme des Referendums Ende 2007 über weitere Verfassungsänderungen alle vom Chávez-Lager gewonnen wurden. Jedoch sind diese nur eingeschränkt als frei und nicht als fair zu bezeichnen. So wird mitunter politischer Druck auf Staatsbedienstete ausgeübt, zu Gunsten von Chávez zu stimmen, und die Berichterstattung durch die staatseigenen Medien ist häufig parteiisch und propagandistisch. Die Ablehnung der von der Regierung vorgeschlagenen

Verfassungsreformen Ende 2007 stellte hingegen einen Rückschlag für die Autokratisierungstendenzen dar. So stimmte eine knappe Mehrheit dagegen, dass der Präsident beliebig häufig wiedergewählt werden darf und der Sozialismus als Verfassungsprinzip festgeschrieben wird.

Politische und soziale Integration

Das traditionelle Parteiensystem Venezuelas, das zwei zunehmend korrupte Parteien seit den 1960er Jahren wie ein Kartell beherrschten, brach Ende der 1990er Jahre zusammen. Ein funktionierendes Parteiensystem hat sich seit der Amtsübernahme von Chávez 1999 nicht wieder herausgebildet. Aktuell ist das Parteienspektrum unterteilt in Chávez-treue Bewegungen auf der einen Seite, die beabsichtigen, eine vereinte Sozialistische Partei Venezuelas zu gründen, und eine sehr zersplitterte Opposition auf der anderen Seite. Diese etwa hälftige Teilung spiegelt die starke Polarisierung der Gesellschaft wieder, die auch verschiedene Interessengruppen wie beispielsweise die Gewerkschaften kennzeichnet. Angesichts dieser starken Spaltung der Gesellschaft gewinnen populistische Positionen in beiden Lagern an Gewicht, so dass konstruktive Auseinandersetzungen über Sachthemen selten werden. Der Präsident erfährt besonders ausgeprägte Unterstützung aus den Reihen der ärmeren und benachteiligten Bevölkerungsschichten, die sich von seiner Politik soziale Verbesserungen erhoffen und kurzfristig auch real profitieren. Die Opposition setzt sich vor allem aus Privatunternehmern, wohlhabenderen Bevölkerungsschichten und der Bildungselite zusammen.

Bürgerrechte

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Verletzungen des Rechts auf Vereinigungsfreiheit und freie Meinungsäußerung beklagt. Eine besonders grobe Intervention der Regierung stellte 2007 die Verweigerung der Verlängerung der Sendelizenz für den regierungskritischen und populären privaten TV-Sender RCTV dar. Auch massive öffentliche Proteste änderten nichts am

Verlust der terrestrischen Frequenzen, so dass der Sender sein Programm nur noch via Kabel, Satellit und Internet aussenden kann. Die OAS ermahnte die venezolanische Regierung, die Pluralität der Massenmedien zu erhalten. Ein weiteres Problem im Bereich Bürgerrechte stellt der immer stärker staatlich kontrollierte Bildungsbereich dar. Dieser wird zunehmend im Sinne der Regierung ideologisiert.

KERNASPEKTE DER WIRTSCHAFTLICHEN TRANSFORMATION

Markt und Wettbewerb

Unter Chávez wurden die staatlichen Aktivitäten im Wirtschaftsbereich stark ausgebaut. In strategisch wichtigen Bereichen wie dem Energie- und dem Telekommunikationssektor fanden mehrere Verstaatlichungen statt, und der direkte Einflussbereich des Präsidenten wurde ausgebaut. Dies sichert Chávez unter anderem den direkten Zugriff auf die derzeit sehr hohen Öleinnahmen, um seine Sozial- und Außenpolitik zu finanzieren. Diese Entwicklungen beeinträchtigen den Marktwettbewerb und sind ausländischen Investitionen abträglich. Venezuela wird zunehmend vom öffentlichen Sektor und insbesondere von den Öleinnahmen abhängig. Eine hohe Inflation (durchschnittlich 23 Prozent in den Jahren 2002-2005) und die geringe Anzahl neu geschaffener Arbeitsplätze lässt die Wirtschaftspolitik als wenig nachhaltig erscheinen. Korruption ist im öffentlichen Sektor weit verbreitet, was dessen Effizienz deutlich einschränkt. Eine Strafverfolgung gegen Chávez-nahe Akteure findet nicht statt.

Privateigentum

Der Respekt gegenüber privaten Eigentumsrechten schwindet. Neben den Verstaatlichungen wichtiger Wirtschaftssektoren werden Landbesetzungen durch landlose Bauern und Haus- sowie Firmenbesetzungen von der Regierung geduldet. Noch immer beschäftigen private Unternehmen allerdings 70 Prozent der arbeitenden

Bevölkerung und erwirtschaften 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Sozialordnung

Fast die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung, vor allem im informellen Sektor und in ländlichen Gebieten, wird durch das staatliche soziale Sicherungssystem nicht abgedeckt. Es existieren ein Umlageverfahren sowie branchenspezifische Sicherungssysteme, die unter anderem die Rente, die Gesundheitsversorgung und die Arbeitslosenversicherung umfasst. Daneben wurden unter Chávez spezifische Programme, so genannte *misiones*, geschaffen, die im großen Maßstab soziale Ungleichheit beheben sollen. Sie betreffen alle wichtigen sozialen Themen wie Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung oder Lebensmittelsubventionen und sind direkt dem Präsidenten unterstellt. Dieser hat damit ein wichtiges Patronageinstrument in der Hand, das primär durch die Öleinnahmen finanziert wird. Die Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen ist schwer zu bewerten, jedoch sind sie sehr beliebt bei der ärmeren Bevölkerung und ein Grund für die Wahlerfolge von Chávez.

KERNASPEKTE DER REGIERUNGSQUALITÄT

Gestaltungsfähigkeit

Chávez' Handeln ist am langfristigen Ziel der grundlegenden Transformation hin zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts orientiert. Die Implementierung seiner Politik, oft in seinen fast täglichen TV- und Radioauftritten verkündet, erscheint jedoch inkonsistent und spontan. Durch seine relativ unumstrittenen Wahlerfolge, seine anhaltende Popularität in der Mehrheit der Bevölkerung und die politische Kontrolle von Legislative und Judikative kann er seine politischen Ziele auch gegen den Widerstand der stets uneinigen Opposition durchsetzen. Seine Transformationsziele erhielten allerdings im Referendum Ende 2007 einen Dämpfer, da die von ihm angestrebte Verfassungsreform abgelehnt wurde. Strukturell nicht verankerte soziale Maßnahmen,

eine unzureichende Fiskal- und Geldpolitik, die Ineffizienz der staatlichen Betriebe und der fortwährende Mangel an Arbeitsplätzen lassen stark an der Nachhaltigkeit seiner Maßnahmen zweifeln.

Internationale Kooperation

Venezuela nutzt seine hohen Öleinnahmen auf internationaler Ebene als politisches Instrument. So versucht Präsident Chávez auf regionaler Ebene durch finanzielle und technische Unterstützung anderer Regierungen seine Idee einer bolivarianischen Revolution auszudehnen. Es bestehen enge Beziehungen zu Kuba, Bolivien, Ecuador und Nicaragua, den Hauptempfängern venezolanischer Unterstützung. Chávez initiierte ohne größeren Erfolg mehrere regionale Integrationsvorhaben (ALBA, Petrosur). Gegenüber den USA dominiert eine scharfe anti-imperiale Rhetorik, die jedoch die Handelsbeziehungen nicht beeinträchtigt. Neuerdings wurden die Beziehungen zu China, Iran und Russland ausgebaut, die Technologie und Waffen liefern. Problematische Beziehungen bestehen zur konservativen Regierung im benachbarten Kolumbien, die Chávez vorwirft, die linke Guerilla zu unterstützen. Venezuela gilt aufgrund seines populistischen und unberechenbaren Präsidenten international als wenig vertrauenswürdiger Partner, was sich insbesondere im Rahmen der unterbliebenen Berufung der Regierung als temporäres Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zeigte.

Das ausführliche englischsprachige Ländergutachten des BTI 2008 finden Sie unter <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/93.0.html>

Mehr Informationen zum aktuellen Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung unter www.bertelsmann-transformation-index.de.